

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1991

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
II. Die wichtigsten Ereignisse im Berichtszeitraum	2
III. Tätigkeit des Ständigen Rates	3
IV. Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) und der Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG)	3
V. Tätigkeit weiterer Arbeitsgruppen	3
VI. Tätigkeit des Generalsekretariats	4
VII. WEU-Institut für Sicherheitsfragen	4
VIII. WEU-Versammlung	4

I. Allgemeines

Im ersten Halbjahr 1991 hat die WEU sich in Reaktion auf die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa (MOE) intensiv an der politischen Diskussion über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur beteiligt. In dieser Diskussion, die sowohl das Nordatlantische Bündnis, als auch die Europäische Gemeinschaft und die KSZE betrifft, kommt der WEU als Brücke zwischen Politischer Union und NATO eine besondere Bedeutung zu. Es ist das Ziel aller WEU-Mitgliedstaaten, daß die Herausbildung einer europäischen Sicherheitsidentität im Rahmen der Politischen Union die europäische Rolle im Nordatlantischen Bündnis und damit das Bündnis als Ganzes stärkt.

Unter Beteiligung der Arbeitsgruppen der WEU und in enger Abstimmung mit den Beratungen in der NATO und der Regierungskonferenz über die Politische Union hat sich die WEU der Aufgabe angenommen, die sicherheitspolitischen Vorstellungen ihrer Mitgliedstaaten innerhalb des europäischen Einigungsprozesses einander anzunähern. Es wird von unseren Partnern anerkannt, daß eine Europäische Politische Union auch eine echte Sicherheits- und Verteidigungsidentität umfassen muß. Ohne Sicherheit und Verteidigung wäre das europäische Einigungswerk nicht vollständig. Unterschiedliche Auffassungen im Kreise der WEU-MS gibt es bei der Frage des Verhältnisses der WEU zur Europäischen Gemeinschaft insbesondere darüber, ob die WEU langfristig in der Politischen Union aufgehen soll. Der NATO-Außenministerrat in Kopenhagen im Juni 1991 hat ausdrücklich anerkannt, daß die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik die Aufgabe der Europäer ist, wobei Transparenz und Komplementarität zwischen europäischer Sicherheits- und Verteidigungsidentität und der Allianz gewährleistet sein müssen.

Die WEU hat sich im Berichtszeitraum erneut als ein wichtiges Forum zur Konsultation aktueller sicherheitspolitischer Fragen und bei der Koordinierung des Vorgehens der Mitgliedstaaten im Golfkonflikt erwiesen. Am 17. Januar 1991 fand unmittelbar im Anschluß an die Aufnahme der Kampfhandlungen zur Befreiung Kuwaits unter französischer Präsidentschaft ein weiterer außerordentlicher Ministerrat der WEU zur Abstimmung der Positionen der WEU-MS statt. Auch nach Beendigung der Kampfhandlungen hat sich die WEU intensiv bei der Koordinierung z. B. der Minenräumaktion und der Hilfe für die irakischen Flüchtlinge betätigt.

Die Bundesregierung wird ihre am 1. Juli 1991 begonnene Präsidentschaft nutzen, um in der WEU eine weitere Klärung der zukünftigen Rolle und des Platzes der WEU in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur herbeizuführen. Sie wird sich dafür einsetzen, die Konsultationen und damit den sicherheitspolitischen Abstimmungsprozeß unter den Mitgliedstaaten weiter zu intensivieren.

II. Die wichtigsten Ereignisse im Berichtszeitraum

1. Am 22. Februar 1991 fand ein Sonder-Ministerrat zu Rolle und Platz der WEU in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur statt. Die Minister beschlossen, die Diskussion fortzuführen. Vor und nach diesem Rat haben wir zusammen mit Frankreich Überlegungen zur Ausgestaltung der Verbindungen der WEU zur NATO und zur künftigen Politischen Union sowie der Beziehungen zu den nicht der WEU angehörenden Mitgliedstaaten der EG und der NATO in die Diskussion eingebracht. Auf dem Ministerrat in Vianden (Luxemburg) am 27. Juni 1991 wurde auf Vorschlag von Bundesminister Genscher beschlossen, zu diesen Fragen ein Sondertreffen der Minister im Frühherbst einzuberufen.
2. Im Berichtszeitraum spielte die Reaktion der WEU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Besetzung und Annexion Kuwaits durch den Irak weiter eine große Rolle. Die WEU koordinierte die Beteiligung einiger Mitgliedstaaten an der Durchsetzung des Embargo-Beschlusses der Vereinten Nationen.

Im Anschluß an die Befreiung Kuwaits wurde in der WEU aufgrund eines Beschlusses der WEU-Außenminister vom 8. April 1991 eine Koordinierung der logistischen Hilfsmaßnahmen für die irakischen, insbesondere kurdischen und schiitischen Flüchtlinge in der Türkei und im Iran durchgeführt. Aufgrund des humanitären Zweckes hatte sich Deutschland daran sowie an der Minenräumaktion im Persischen Golf zur Wiederherstellung der freien Schifffahrt beteiligt.

3. Der letzte Ministerrat unter französischer Präsidentschaft fand in Vianden (Luxemburg) am 27. Juni 1991 statt und brachte folgende Ergebnisse:
 - Die Minister sprachen sich für die Stärkung der Rolle der WEU im Zuge des europäischen Einigungswerkes aus.
 - Der Ministerrat entschied über die Errichtung eines Ausbildungs- und Analysezentruns für Satellitendaten und beauftragte die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit im Weltraum“ mit der Erarbeitung von Studien über Möglichkeiten für eine mittel- und langfristige Zusammenarbeit bei einem europäischen Satellitenbeobachtungssystem.
 - Die Minister einigten sich, die Kontakte der WEU zu Staaten in Mittel- und Osteuropa zu intensivieren: Mit Ungarn, Polen und der CSFR wird ein Informationsaustausch hergestellt werden, der zwischen den Botschaften dieser Länder in London und dem WEU-Generalsekretariat sowie zwischen den Botschaften der jeweiligen Präsidentschaft in diesen drei Ländern und der Gastregierung erfolgen soll.

Bereits im März hatte das WEU-Institut für Sicherheitsfragen in Paris ein Seminar mit Vertretern aus den Außen- und Verteidigungsministerien der WEU-Mitgliedstaaten und aus Ungarn, Polen und der CSFR durchgeführt. Ein weiteres Seminar ist im zweiten Halbjahr 1991 geplant und soll der Intensivierung der sicherheitspolitischen Kontakte mit mittel- und osteuropäischen Staaten dienen.

- Die Minister beauftragten die Arbeitsgruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien, Vorschläge zu formulieren und zu bewerten, um die Zusammenarbeit sowohl im politisch-militärischen als auch im rein militärischen Bereich operativer zu gestalten. Hierzu gehört insbesondere die auf einen deutschen Vorschlag zurückgehende Studie über mögliche gemeinsame Luft- und Seetransportmittel der WEU-Staaten.
 - Der Ministerrat in Luxemburg beschloß außerdem eine Fortführung der Zusammenarbeit im Bereich der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen.
4. Die Frühjahrstagung der 37. WEU-Versammlung in Paris (2. bis 5. Juni 1991) diente einer intensiven Aussprache über die zukünftigen europäischen Sicherheitsstrukturen. Die Abgeordneten sprachen sich dabei für eine verstärkte operative Rolle der WEU aus. Die Versammlung beschloß eine Änderung ihrer Statuten und wird in Zukunft anderen Parlamentariern Beobachterstatus bei ihren Sitzungen einräumen können.

III. Tätigkeit des Ständigen Rates

Der Ständige Rat und seine „Arbeitsgruppe Ständiger Rat“ hatten im Berichtszeitraum ein intensives Arbeitsprogramm zu erledigen. Im Mittelpunkt standen dabei die Golfkrise, die Aussprache über die Rolle der WEU in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, die Intensivierung der Kontakte der WEU zu Staaten in MOE, andere aktuelle Fragen sowie die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Arbeitsgruppen. Der Direktor des WEU-Instituts für Sicherheitsfragen nahm regelmäßig an den Sitzungen des Rats und der Sonderarbeitsgruppe teil. Die Sitzung des Erweiterten Ständigen Rats am 10. Juni 1991 diente der Vorbereitung des Ministerrats am 27. Juni 1991. Der Erweiterte Rat einigte sich dabei auf die Vorlage von Berichten und Empfehlungen an die Minister (siehe Punkt II).

IV. Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) und der Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG)

In beiden Arbeitsgruppen wurde der intensive und konstruktive Austausch über aktuelle sicherheitspolitische Fragen wie z. B. den Rüstungskontrollprozeß und die Entwicklung der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur fortgesetzt.

Im Mittelpunkt standen dabei die künftige Rolle und der Platz der WEU in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur sowie die Umsetzung der Anbindung der WEU an die NATO und die Politische Union. Die Beratungen über die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen der WEU zu NATO und Union verlaufen in der WEU parallel und komplementär zu den laufenden Beratungen der Allianz zur Überprüfung von Strategie und Strukturen der NATO sowie der Regierungskonferenz zur Politischen Union. Sie werden intensiv fortgeführt.

Zur Vorbereitung der Ministerratstagung in Vianden befaßten sich die Arbeitsgruppen auch mit Berichtsempfehlungen an die Minister im Bereich der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen, Weltraumfragen und Studien zu operativen Aufgaben der WEU.

Daneben hatte die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien detailliert das am 10. April 1991 stattgefundene Treffen der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten in Paris vorbereitet. Das Treffen fand auf informeller Basis statt und bot Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache auf der Basis von national erarbeiteten Studien.

V. Tätigkeit weiterer Arbeitsgruppen

1. Ad-hoc-Arbeitsgruppe der WEU zur Golfkrise

Die in Zusammenhang mit der Golfkrise am 21. August 1990 gegründete Ad-hoc-Arbeitsgruppe setzte ihre Arbeit zur Koordinierung der von einzelnen Mitgliedstaaten im Golf durchgeführten Maßnahmen fort. Während zu Beginn des Berichtszeitraums der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf der Durchführung der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den Irak verhängten Embargomaßnahmen und der logistischen Unterstützungsmaßnahmen für mit Luft- und Landstreitkräften beteiligten WEU-Staaten lag, verlagerte sich der Schwerpunkt der Beratungen nach Beendigung der Kampfhandlungen auf die Koordinierung der logistischen Unterstützung der Hilfsleistungen zugunsten der irakischen Flüchtlinge in der Türkei und im Iran sowie auf die Koordinierung der Minenräumungsaktionen im Golf, an denen sich auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligte. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe befaßte sich außerdem mit der Unterstützung der Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Überwachung der Abrüstung im Irak.

2. Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit im Weltraum“

Die Arbeitsgruppe „Weltraum“ hatte im Berichtszeitraum ein umfassendes Programm. Sie erarbeitete einen Bericht an die Minister, der als Grundlage für den Beschluß zur Einrichtung eines Analyse- und Ausbildungszentrums für Satellitendaten diente. Im nächsten Halbjahr werden auf der Basis dieses Grundsatzbeschlusses die eigentlichen Vorbereitungen für die Gründung dieses Zentrums beginnen. Dabei werden wir als Präsidentschaft weitergehende Koordinierungsaufgaben übernehmen.

3. Arbeitsgruppe „Verifikation“

Hinsichtlich der Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten bei der Verifikation des KSE-Abkommens (z. B. gemeinsame Testinspektionen) und der Öffnung von Inspektionsteams hat die Arbeitsgruppe Verifikation weitere Aussprachen geführt. Sie beschäftigte sich darüber hinaus mit möglichen Formen der Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen für ein „open skies“-Abkommen und dessen Verifikation.

4. Arbeitsgruppe „Mittelmeer“

Die Mittelmeer-Arbeitsgruppe der WEU erörterte u. a. Prinzipien, die der Zusammenarbeit der Staaten im südlichen Mittelmeerraum dienlich sein können und auf Erfahrungen mit dem KSZE-Prozeß aufbauen. Die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe wird in Zukunft auf Wunsch der südlichen Mitgliedstaaten verstärkt werden.

VI. Tätigkeit des Generalsekretariats

Das Generalsekretariat, geleitet von Generalsekretär van Eekelen und seinem deutschen Stellvertreter, Botschafter Holthoff, war mit der Vorbereitung der Tagungen des Ministerrats, des Ständigen Rats und der Arbeitsgruppen, dem Abfassen von Sitzungsprotokollen und der Ausarbeitung von anderen Dokumenten befaßt. Insbesondere für die Diskussion über Rolle und Platz der WEU in einer europäischen Sicherheitsarchitektur hat das Generalsekretariat dabei wertvolle Vorarbeiten geleistet und hat darüber hinaus Vorschläge zu einer Intensivierung der Kontakte der WEU zu den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa vorbereitet, die vom Ministerrat am 27. Juni 1991 angenommen wurden. Zusammen mit einem Vertreter der französischen Präsidentschaft führte der Generalsekretär eine Erkundungsreise in Polen durch (nach Ungarn und CSFR bereits im 2. Halbjahr 1990 geschehen) und nahm Verbindung zu Regierungsstellen und Parlament in den Vereinigten Staaten auf.

VII. WEU-Institut für Sicherheitsfragen

Das WEU-Institut für Sicherheitsfragen veranstaltete im März ein Seminar mit Vertretern der Außen- und Verteidigungsministerien der WEU-Mitgliedstaaten

sowie aus Polen, Ungarn und der CSFR, bei dem diesen Staaten Gelegenheit geboten wurde, über ihre sicherheitspolitische Lage nach Auflösung des Warschauer Paktes mit WEU-Vertretern zu diskutieren. Dieses Seminar war für beide Seiten von großem Wert. Im Rahmen der Intensivierung der Kontakte der WEU zu Staaten in Mittel- und Osteuropa soll ein weiteres Seminar im zweiten Halbjahr dieses Jahres stattfinden. Dabei sollen Fragen der Perspektiven des Rüstungskontrollprozesses in Europa im Mittelpunkt stehen.

Neben Studien und weiteren Seminaren über die sicherheitspolitische Komponente der Politischen Union, den Rüstungskontrollprozeß und Sicherheitsfragen im Mittelmeerraum fand eine Reise aller wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Vereinigten Staaten von Amerika statt. Verbindungen zu amerikanischen Instituten wurden aufgenommen bzw. dichter gestaltet. Bei ihren Gesprächen konnte das Institut seine Arbeit in Fachkreisen vorstellen.

VIII. WEU-Versammlung

Die Beratungen des ersten Teils der 37. Versammlung in Paris vom 2. bis 5. Juni 1991 boten Anlaß für eine intensive Aussprache über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Die Abgeordneten machten dabei klar, daß sie für die WEU in diesem Zusammenhang eine große Zukunft sehen. Die WEU sei als ein operatives europäisches Gremium im Sicherheitsbereich unverzichtbar und sollte daher im Zusammenspiel mit der angestrebten Politischen Union auf gleichberechtigter Basis die künftige sicherheitspolitische Identität Europas mitgestalten.

Auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Golfkonflikt wurden von den Abgeordneten Konsequenzen für eine operative Rolle der WEU gefordert. Im Mittelpunkt stand dabei häufig die Forderung nach dem Aufbau einer europäischen Einsatzstreitkraft. Die Abgeordneten einigten sich auf eine Änderung der Statuten der Versammlung und gaben damit dem Instrument eines Beobachterstatus bei der Versammlung eine rechtliche Grundlage. Auf der Grundlage eines Berichts des Abgeordneten Goerens (Luxemburg) forderten sie eine baldige Revision des Brüsseler Vertrages und legten dafür einen ersten Entwurf vor.